

WAS MUSS SICH ÄNDERN?

Unsere Forderungen:

1 Ein öffentlicher Bewusstseinswandel

Auch wenn Bürger*innen von den Leistungen des Staates enttäuscht oder frustriert sind: Die körperliche und seelische Unversehrtheit der Beschäftigten ist zu wahren. Das muss allen klar werden.

2 Personalaufbau und bessere Ausstattung

Wir brauchen mehr Personal sowie moderne und bedarfsabhängige Ausstattung auf Grundlage seriöser Analysen. Das hilft den Beschäftigten und reduziert Gefahren.

3 Schulungen und Gesundheitsmanagement

Gefährdete Beschäftigte brauchen Schutzmechanismen, Schulungen zu präventiven Deeskalationsstrategien sowie funktionierende Mechanismen der Nachsorge.

4 Führungskräfte sensibilisieren

Führungskräfte müssen dafür sensibilisiert werden, dass auch der physische und psychische Schutz ihrer Beschäftigten zu ihren Aufgaben gehört. Schauen sie weg, schleicht sich eine Normalisierung von Gewalt ein.

5 Mehr öffentliche Investitionen

Größere Zufriedenheit der Bürger*innen mit den Leistungen der öffentlichen Hand wirkt sich auch positiv auf die Sicherheit der dort Beschäftigten aus. Deshalb müssen Bund, Länder und Kommunen endlich jahrelang aufgeschobene Investitionen umsetzen.

6 Zahlen, Daten und Fakten

Nur wenn nach gleichen Gesichtspunkten in allen Bereichen des öffentlichen und privatisierten Sektors Übergriffe erfasst werden, kann man objektiv über das Thema sprechen und geeignete Gegenmaßnahmen ergreifen. Doch bislang werden kaum Zahlen erhoben. Wir brauchen offizielle Statistiken und eine Forschungsinitiative zu den Ursachen der Gewalt.

Verantwortlich für den Inhalt:

Elke Hannack, Stellvertretende Vorsitzende des DGB

Herausgeber:

Deutscher Gewerkschaftsbund
Bundesvorstand
Abteilung Öffentlicher Dienst und Beamtenpolitik
Keithstraße 1, 10787 Berlin

Gestaltung:

wegewerk GmbH

Eine Initiative des Deutschen Gewerkschaftsbundes



GEWALT GEGEN BESCHÄFTIGTE DES ÖFFENTLICHEN UND PRIVATISIERTEN SEKTORS BEENDEN.

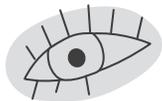
VERGISS NIE
HIER ARBEITET EIN
MENSCH

DROHUNGEN UND KÖRPERVERLETZUNGEN. ALLES WIE IMMER?



106.296

Polizist*innen wurden 2023 Opfer einer Gewalttat.



42 %

aller Bürger*innen haben bereits Gewalt gegen Beschäftigte im Dienst der Gesellschaft miterlebt.

82 %

der Beschäftigten mit Kundenkontakt bei der Deutschen Bahn sind Opfer eines verbalen oder körperlichen Angriffs geworden.



67 %

der Beschäftigten im Dienst der Gesellschaft erlebten zwischen 2018 und 2020 Gewalt.



Gewalt ist für die Beschäftigten, die tagtäglich für unsere Gesellschaft da sind, längst keine Seltenheit mehr.

WAS SIND DIE URSACHEN?

Der Rückzug des Staates

Mangelnde Investitionen sowie Einsparungen bei Personal und Leistungen – öffentliche Institutionen befinden sich auf dem Rückzug. Das untergräbt das Vertrauen der Bürger*innen und bereitet den Nährboden für Frust und Wut.

Schlechte Arbeitsbedingungen

Personalmangel und mangelhafte Ausstattung erschweren die Arbeitsbedingungen und verhindern den Schutz der Beschäftigten vor Angriffen. Aufgrund fehlender Schulungen sind sie zudem zu wenig in Deeskalationsmaßnahmen geübt.

Gesellschaftliche Veränderungen

Viele Menschen sind verunsichert und haben Sorgen, z. B. wegen Veränderungen, die in der Welt und in ihrem nahen Umfeld passieren. Sie fühlen sich dadurch überfordert und suchen nach Sündenböcken bei zunehmender Frustration.

Die „Verrohung“ der Gesellschaft

Eigene Interessen überwiegen immer stärker und viele Menschen „lösen“ kleinste Konflikte sofort mit verbaler oder körperlicher Gewalt – insbesondere gegenüber Personen öffentlicher Institutionen.

DIE INITIATIVE ZUM MITMACHEN

Ihr wollt euch gemeinsam mit uns für den Schutz der Beschäftigten stark machen? Auf unserem Mitmach-Portal findet Ihr zahlreiche Möglichkeiten, Materialien und Anregungen: mitmachen-mensch.dgb.de

Unser Anliegen:

GEWALT GEGEN BESCHÄFTIGTE DES ÖFFENTLICHEN UND PRIVATISIERTEN SEKTORS MUSS EIN ENDE HABEN.

Ob bei Feuerwehr, Rettungsdienst, öffentlicher Verwaltung, Verkehrsunternehmen, Stadtreinigung oder in Krankenhäusern – wer sich tagtäglich für unsere Gesellschaft einsetzt, darf keine Angst vor Gewalt am Arbeitsplatz haben. Seit mehreren Jahren trägt unsere breit angelegte Initiative die Problematik deshalb auf die Straßen, in die Dienststellen und die Politik. Wir machen deutlich, was die Beschäftigten täglich für die Gesellschaft leisten – und was sie im Gegenzug erfahren.

Unser Slogan:

VERGISS NIE, HIER ARBEITET EIN MENSCH

Herzstück der Initiative sind echte Beschäftigte, die dieser ihre Stimme und ihr Gesicht geben. Sie erzählen uns ihre Geschichten, um auf die Entwicklung aufmerksam zu machen. Im Dialog mit politisch Verantwortlichen und in enger Zusammenarbeit mit den DGB-Gewerkschaften sowie Betriebs- und Personalräten setzen wir uns für mehr Problembewusstsein und bessere Arbeitsbedingungen ein.

